

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 115. Ratssitzung vom 7. September 2016

Gemeinsame Behandlung der Geschäfte GR Nrn. 2016/138 und 2016/139.

2193. 2016/138

**Postulat von Karin Rykart Sutter (Grüne) und Marcel Bührig (Grüne) vom
20.04.2016:**

**Quartierverträgliche und menschenwürdige Unterbringung von Asylsuchenden im
Bundeszentrum für Asylsuchende auf dem Duttweiler-Areal**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Sozialdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Gemeinsame Wortmeldungen zu den Geschäften GR Nrn. 2016/138 und 2016/139.

***Karin Rykart Sutter (Grüne)** begründet die beiden Postulate (vergleiche Beschluss-Nrn. 1837/2016 und 1838/2016): Dieses und das nachfolgende Postulat nehmen die fünf Forderungen aus der Petition für eine würdevolle Unterbringung von Flüchtlingen in Zürich auf. Im ersten Postulat geht es um die baulichen Massnahmen für das geplante Bundeszentrum auf dem Duttweiler-Areal. Im Bundeszentrum sollen 360 Unterbringungsplätze, Aufenthaltsräume sowie Räume für Beschäftigungen entstehen. Wir verlangen, dass keine baulichen Massnahmen vorgenommen werden, die die Bewegungsfreiheit der Asylsuchenden einschränken. Damit möchten wir vermeiden, dass ein Zaun um das Areal entsteht. Der Austausch mit der Bevölkerung soll möglich sein. Zudem muss die Privatsphäre der Asylsuchenden, vor allem für Familien mit Kindern, gewährleistet sein. Man konnte den Medien entnehmen, dass Zollikon seine Flüchtlinge abschottet. So dürfen sie zum Beispiel die Dachterrasse des Hauses nicht benutzen, da dies die Nachbarn stören könnte. Minderjährige Flüchtlinge dürfen nicht die öffentliche Schule besuchen. In unserem Quartier möchten wir dies anders handhaben. Wir möchten einen Austausch zwischen den Asylsuchenden und der Bevölkerung möglich machen. Der Stadtrat und die AOZ haben inzwischen bereits erklärt, dass sie nicht beabsichtigen, das Areal zu umzäunen. Gemäss den Unterlagen, die wir anlässlich einer Infoveranstaltung erhalten haben, wollen sie «Wohnlichkeit, Dorfcharakter, Rückzugsmöglichkeiten als Maximen für ein friedliches Zusammenleben» erreichen. Mit dem zweiten Postulat fordern wir, dass die schulpflichtigen Kinder nicht innerhalb des Zentrums, sondern in einem öffentlichen Schulhaus unterrichtet werden, so etwa im künftigen Schulhaus Pfingstweid, zu dem wir im Rat demnächst den Objektkredit beschliessen und das gegenüber dem Bundeszentrum entstehen wird. Es ist wichtig, dass Asylsuchende mit Kindern bereits früh das Schulsystem kennenlernen. Erhalten sie das Bleiberecht und werden auf einzelne Gemeinden verteilt, werden die Kinder ebenfalls eine öffentliche Schule besuchen müssen. Die Asylsuchenden werden sich im Bundeszentrum nicht in einer einfachen Situation befinden. Sie haben teilweise traumatische Erlebnisse aus Flucht und Heimat. Die Unsicherheit, ob sie bleiben können, wird gross sein. In den wenigen Wochen im Zentrum brauchen sie eine sinnvolle Tagesstruktur und*

müssen auch zur Ruhe kommen können. Es muss genügend Raum und gut ausgebildetes Personal für diese anspruchsvolle Aufgabe zur Verfügung gestellt werden. Die schweizerische Bevölkerung hat im Juli 2016 das Referendum der SVP zum neuen Asylgesetz abgelehnt. Somit steht dem beschleunigten Asylverfahren nichts mehr im Weg. Das neue Gesetz wird voraussichtlich 2019 in Kraft treten. Auch wenn nicht alle glücklich über das Gesetz sind, ist es wichtig, dass wir nach vorne schauen und das Bundesasylzentrum in Zürich vorbildlich gestalten.

Samuel Balsiger (SVP) begründet die von Peter Schick (SVP) namens der SVP-Fraktion am 18. Mai 2016 gestellten Ablehnungsanträge: Zürich hat eine rot-grüne Mehrheit im Stadtrat. Sie ist äusserst links, in gewissen Bereichen sogar radikal. Karin Rykart Sutter (Grüne) stellt fest, dass Zürich das Bundesasylzentrum offen und freundlich gestalten wird. Gleichzeitig reicht sie eine Petition ein, in der behauptet wird, dass dies wegen der SVP nicht so umgesetzt wird. Ich erkenne dieselbe grüne Logik, die uns auch schon aus der Umweltpolitik bekannt ist. Grundsätzlich befürworten wir beschleunigte Verfahren, damit die Wirtschaftsflüchtlinge, die unser humanitäres System ausnützen wollen, möglichst rasch in ihre Herkunftsländer zurückkehren. Die so genannten beschleunigten Verfahren unter der Obhut von Simonetta Sommaruga lehnen wir allerdings ab. Bis zu 90 % der angeblich Verfolgten verschwinden, sobald sie erfahren, dass sie sich in einem beschleunigten Verfahren befinden und bald einen negativen Entscheid erhalten werden. Die SVP lehnt den Linkspopulismus der Grünen ab. Er fordert etwas, das mit der Realität nichts zu tun hat. Wenn die Stadt bankrott ist und die SVP in 8 oder 12 Jahren im Stadtrat die Mehrheit stellen wird, können die Grünen ein Postulat wie dieses einreichen. Bis dahin sind es ihre Genossen, die für die Schulden und das Chaos, das in der Stadt angerichtet wird, verantwortlich sind.

Weitere Wortmeldungen:

Ezgi Akyol (AL): Wir unterstützen beide Postulate. Unserer Meinung nach sollte man nicht nur auf eine Einzäunung, sondern gänzlich auf Einlasskontrollen verzichten. Es ist uns zudem ein Anliegen, dass die unbegleiteten minderjährigen Asylsuchenden separat in speziellen Einrichtungen untergebracht werden. Ausserdem muss genügend Betreuungspersonal im Zentrum vorhanden sein. Es ist bekannt, dass die Mitarbeitenden im Zentrum Juch am Limit sind. Als ebenso wichtig erachten wir die Forderung, dass Kinder in Aufnahmeklassen in öffentlichen Schulhäusern untergebracht werden. Es ist auch wichtig, dass genügend Deutschkurse vorhanden sind.

Markus Baumann (GLP): Das erste Postulat entspricht unseren Vorstellungen über die Ausgestaltung eines Bundesasylzentrums im Kreis 5. Das Postulat wurde inzwischen im Grunde hinfällig, da die Forderungen von der Stadt unterstützt werden. Wir begrüssen die Haltung der Stadt und bestätigen diese, indem wir dem Postulat zustimmen. Beim zweiten Postulat vertreten wir eine etwas andere Sicht. Auch wir halten Bildung für Asylsuchende für wichtig. Da aber verkürzte Asylverfahren von maximal 3 Monaten vorgesehen sind, sollten Bildungsangebote unserer Meinung nach im Zentrum durchgeführt werden und es sollte keine zusätzliche Infrastruktur in den anderen Schulhäusern aufgebaut werden müssen. Wir stimmen aber zu, dass die Ressourcen für den Unterricht

zur Verfügung gestellt werden müssen. Des Weiteren muss im Zentrum genügend und gut ausgebildetes Personal zur Verfügung stehen. Wir sind überzeugt, dass die AOZ über solches verfügt. Uns sind diesbezüglich keine anderweitigen Meldungen bekannt. Deshalb ist diese Forderung aus unserer Sicht hinfällig. Wir möchten die AOZ in ihrem Tun und Handeln unterstützen und distanzieren uns deshalb vom zweiten Postulat. Wir sind für ein offenes Bundesasylzentrum. Wir wollen, dass darin Bildung stattfinden kann und dass genügend Personal vorhanden ist.

Karin Weyermann (CVP): Die CVP wird beide Postulate ablehnen. Zum zweiten Postulat: Es ist Sache des Bundes, das Zentrum zu führen. Es handelt sich um ein Bundesasylzentrum. Der Bund sollte deshalb auch entscheiden, wie er das Zentrum führen will. Wir sind zuversichtlich, dass der Bund dies entsprechend dem Postulat gestalten wird. Dies im Städtzürcher Parlament zu fordern, ist die falsche Ebene. Auch bezüglich des ersten Postulats geht unser Vertrauen genügend weit. Von Beginn an zu verlangen, dass auf eine Umzäunung verzichtet werden muss, halten wir für falsch. Wenn eine Umzäunung notwendig gewesen wäre, was offensichtlich nicht der Fall ist, hätte das möglich gemacht werden müssen. Auch aus unserer Sicht muss das Zentrum offen und quartierverträglich gestaltet werden. Es muss eine menschenwürdige Unterbringung gewährleistet werden. Wir sind aber überzeugt, dass das sowieso so umgesetzt wird. Man kann deshalb das Postulat ablehnen, da die Forderungen ohnehin umgesetzt werden. Wir hätten es aber auch sonst abgelehnt.

Marcel Bührig (Grüne): Die Ablehnungsbegründung der CVP, dass die Forderungen sowieso umgesetzt würden, ist etwas verwirrend. Es ist noch nicht sicher, dass das Postulat so umgesetzt wird. Selbst wenn, ist es noch nirgends beschlossen. Indem wir einen Parlamentsbeschluss hinterherschicken, gehen wir auf Nummer Sicher. Dass die CVP die Möglichkeit sieht, das Areal einzuzäunen, in dem sich Asylsuchende aus Syrien und anderen schlimmen Ländern aufhalten, ist sehr befremdend. Wir möchten ein offenes Asylzentrum, kein Gefängnis. Es soll einen Austausch zwischen den Asylsuchenden und dem Quartier geben. Nur so ist Integration überhaupt realistisch. Auch wenn sich die Personen in einem beschleunigten Verfahren befinden, werden sie nicht nach einem Tag wieder nach Hause gehen können. Der Bürgerkrieg in Syrien ist nicht nach einem Tag vorbei und Aleppo ist nicht innert zwei Tagen wiederaufgebaut. Die Personen werden eine Weile hierbleiben. Integration wird dadurch erreicht, dass wir von Beginn an offen sind und den Personen die Möglichkeit bieten, sich in der Gesellschaft zu integrieren, dass wir mit ihnen kommunizieren und gemeinsame Quartieranlässe organisieren. Es darf keine Ausgrenzung stattfinden. Das wäre kontraproduktiv. Mit einer Ausgrenzung werden Perspektivlosigkeit und Chancenlosigkeit geschaffen. Wir müssen den Personen eine Chance geben und ein offenes Asylzentrum mit einer Willkommenskultur schaffen. Hass und Intoleranz nützen niemandem. Ich verstehe nicht, weshalb die GLP das zweite Postulat ablehnt nach dem Motto, dass es sowieso umgesetzt wird. Es ist wichtig, dass wir dem Stadtrat den Auftrag erteilen. Natürlich verfügt die AOZ über gut ausgebildetes, qualifiziertes, in genügender Anzahl vorhandenes Personal. Wir möchten die Wichtigkeit dessen aber verdeutlichen. Es ist wichtig, dass die unbegleiteten Minderjährigen unsere Schulen besuchen dürfen, auch wenn sie sich nur 3 Monate auf dem Duttweiler-Areal aufhalten.

Sie werden für Jahre in unserem Land bleiben und hier aufwachsen. Die Schulbildung muss so rasch wie möglich beginnen. Deshalb ist es wichtig, dass auch das zweite Postulat angenommen wird. Mit der Petition wollten wir unsere Vorstösse noch mit einer Unterschriftenzahl verstärken und zeigen, dass die Bevölkerung dahintersteht.

Alan David Sangines (SP): *Die SP unterstützt beide Postulate. Das erste Postulat ist im Grunde eine Weiterführung desjenigen Postulats, das Samuel Dubno (GLP) und ich bezüglich der Ausgangszeiten im Testzentrum eingereicht haben. Nun bezieht es sich auf das Bundeszentrum. Wir haben aus zwei Richtungen ablehnende Voten gehört. Die GLP argumentiert damit, dass die Personen aufgrund ihrer kurzen Aufenthaltsdauer von 3 Monaten im Bundeszentrum nicht die öffentlichen Schulen besuchen sollen. Die Praxis, dass die Kinder die öffentlichen Schulen besuchen, wird aber bereits heute so gehandhabt. Im kantonalen Durchgangszentrum an der Dorfstrasse bleiben die Personen maximal 3 bis 6 Monate. Ihre Kinder besuchen die Aufnahmeklassen der öffentlichen Schulen. Ich verstehe nicht, warum man nun die Praxis ändern will und die Kinder im Bundeszentrum selbst unterrichten will. Das ist nicht effizient. Es würden eigene Klassen im Zentrum geschaffen, obwohl bereits hervorragend funktionierende Aufnahmeklassen existieren. Für die Kinder und Jugendlichen ist es extrem wichtig, dass sie einen schulischen Ort ausserhalb des Zentrums haben. Dort können sie den Zentrumsalltag hinter sich lassen und mit SchulpsychologInnen sprechen, die diese Kinder therapeutisch betreuen können. Sie besuchen ein normales Schulhaus mit normalen Klassen, normalen Strukturen. Beim zweiten Postulat schlagen wir vor, dass der Begriff «separate Klassen» durch den Begriff «Aufnahmeklassen» ersetzt wird. Damit können Synergien geschaffen werden. Die Jugendlichen kommen in Kontakt mit beispielsweise spanischen oder portugiesischen Jugendlichen, die hierbleiben werden. Ich komme noch auf die zweite Ablehnungsbegründung der GLP zu sprechen. Die GLP behauptet, die AOZ habe bereits genügend Personal und man habe Vertrauen, dass sie das weiterhin so handhaben werde, es würden keine anderweitigen Meldungen vorliegen. Der Testbetrieb ist jedoch bezüglich des Personals extrem am Anschlag. Die Arbeitsbelastung ist sehr hoch. Die Fluktuation ist hoch. Bei einem Bundeszentrum, das definitiv bleibt und funktionieren muss, müssen die Ressourcen erhöht werden. Der Stadtrat ist bereit, dies zu prüfen. Offensichtlich sieht auch er einen gewissen Handlungsbedarf. Die CVP wiederum behauptet, es würde sowieso alles gemäss den Forderungen umgesetzt und sie habe Vertrauen in den Bund. Dadurch würden wir ein Stück Autonomie an den Bund abgeben bezüglich dessen, wie wir die Gestaltung des Bundeszentrums vornehmen wollen. Angesichts der Zustände im Bundeszentrum in Kreuzlingen ist der Bund ein schlechtes Vorbild zur Führung solcher Zentren.*

Stefan Urech (SVP): *Es wurde nun oft von Integration und Begegnungsräumen gesprochen. Vor kurzer Zeit haben wir noch über die Asylgesetzrevision diskutiert. Damals hiess es, man müsse zustimmen, da dann alles viel schneller vonstattengehen würde, es handle sich nur um ein Durchgangszentrum. Es entsteht der Eindruck, dass hier je nach Situation anders argumentiert wird. Die beiden Vorstösse sind linke Propaganda. Beim Testbetrieb ist aufgefallen, dass über die Hälfte der Bewohner des Zentrums untergetaucht ist. Das interessiert hier aber niemanden. Die entsprechenden Parteien wollen das Zentrum noch menschenwürdiger gestalten als das vom rot-grün dominierten*

Stadtrat vorgeschlagen wird. Das Bundesasylzentrum wird mitten ins Ausgehviertel platziert, mitten in den Verkehr, zwischen Hotels. Nun soll es keine Abgrenzungen geben dürfen. Zur Thematik mit dem Schulbesuch: In den Kreisen 4 und 5 schicken immer mehr Schweizer ihre Kinder in Lernstudios, damit sie es ins Gymnasium schaffen. Manche ziehen in einen anderen Kreis oder in eine andere Gemeinde oder schicken ihre Kinder in eine Privatschule. Denn auch die rot-grünen Wähler finden es nicht so toll, wenn ihre Kinder die einzigen in einer Klasse sind, die Schweizerdeutsch sprechen. Ich finde es unglaublich, dass man nun so sehr von der Integration spricht. Im geplanten Zentrum sind sogar Begegnungszentren vorgesehen, obwohl man etwa auch einfach am Bahnhof mit diesen Leuten in Kontakt treten könnte. Die Vorstösse sind lächerlich.

Markus Hungerbühler (CVP): Wenn ich die Aussagen von Marcel Bührig (Grüne) und Alan David Sangines (SP) höre, frage ich mich manchmal, ob wir vom selben sprechen. Die Leitung des Zentrums obliegt dem Bund. Wir unterstützen die Postulate nicht. Wir halten es für Bundessache, zu entscheiden, ob es einen Zaun braucht oder nicht. Wir sind zuversichtlich, dass der Bund dies beurteilen kann. Vorab eine Einzäunung auszu-schliessen, zeugt von einer gewissen Arroganz und Überheblichkeit. Meiner Meinung nach sollte man in der Politik nicht immer nur in Schwarz und Weiss denken. Es gibt auch Grautöne. Ich erinnere daran, dass gerade die CVP sich im Rat dafür eingesetzt hat, dass in Zürich mehr Kontingentsflüchtlinge aufgenommen werden. Man sollte dies zur Kenntnis nehmen.

Martin Luchsinger (GLP): Es geht darum, ein Zeichen zu setzen. Wir können einen gewissen Teil unterstützen. Für mich impliziert die Forderung nach einer «menschens-würdigen Unterbringung» im Postulat, dass das, was geplant ist, nicht menschenwürdig ist. Ich gehe davon aus, dass die Postulanten das nicht ganz so gemeint haben und es sich um eine Frage der Formulierung handelt. Beim zweiten Postulat, das separate Schulklassen fordert, entsteht der Eindruck, dass die Postulanten immer noch ein bisschen mehr wollen und es besser wissen. Es ist nicht Aufgabe des Gemeinderats, solche Vorgaben zusätzlich dazuzugeben. Das erste Postulat können wir unterstützen, während für uns das zweite Postulat zu weit führt angesichts der drei Monate, in denen sich die Personen im Zentrum aufhalten. Wenn entsprechende Klassen bereits in den öffentlichen Schulen vorhanden sind und man Synergien nutzen kann, stellen wir uns nicht dagegen. Wenn es Sport- und Beschäftigungsmöglichkeiten gibt, ist das ebenfalls in Ordnung. So, wie es im Postulat formuliert ist, handelt es sich um konkrete Forderungen. Ich vertraue der AOZ, dass sie es gut umsetzen wird. Es braucht gewisse Grenzen. Integration kann man im Übrigen nicht von vornherein bereits beim ersten Kontakt immer und überall als Ziel definieren. Es muss ja auch gehofft werden dürfen, dass Personen wieder in ihre Heimat zurückkehren können, wenn dort wieder Frieden herrscht, und dass das Ziel nicht sein muss, dass man sie hier integriert. Wenn ein positiver Asylentscheid folgt, kann die Integration aufgegleist werden. Wir stehen nicht im Weg, wenn es darum geht, dass man eine gute Art und Weise findet, wie man mit dem Asylwesen umgeht. Zur Aussage der SVP ist zu sagen, dass es sich nicht um ein Asylchaos handelt. Dies ist lediglich eine Interpretation der SVP. Wir haben aufgrund der aktuellen Weltlage mehr Flüchtlinge. Die Schweiz geht gut damit um. Wenn jemand versucht, mit der aktuellen Situation Stimmung zu machen, ist es nicht die linke Seite.

Samuel Balsiger (SVP): Gemäss GLP scheint es in Ordnung zu sein, wenn 90 % der Asylsuchenden abtauchen. Sie bezeichnet dies nicht als Asylchaos. Die Linkspopulisten wollen keine Zäune, keine Gefängnisse. Der linksgrüne Stadtrat sagte anlässlich der Pressekonferenz zur Präsentation des Konzepts für das Zentrum, dass man auf Gitter verzichten wolle, Begegnungszonen schaffen wolle, dass ein Dorfcharakter mit einem hellen Innenhof entstehen solle. Die Bevölkerung solle einen Kontakt herstellen können und man wolle eine hohe Unterbringungsqualität erzielen. Noch am selben Tag schalten die Grünen die Online-Petition auf, in der gefordert wird, dass keine Zäune entstehen. Obwohl der Stadtrat öffentlich genau das Gegenteil bekanntgab. Die Grünen haben die Website vermutlich seit Monaten schon vorbereitet. Sie machen mit dem Thema Asyl, mit dem Leid anderer Menschen Parteipolitik und Propaganda. Es geht ihnen nicht um die Realität, um das, was der Stadtrat gesagt hat. Man sollte den Linkspopulismus nicht gross beachten, ebenso wenig wie die vorliegenden Vorstösse und die Petition. Der Stadtrat wird das Bundesasylzentrum sowieso viel zu freundlich ausgestalten und zu wenig abschreckend, so dass weiterhin Sozialmigranten kommen werden, von denen dann bis zu 90 % untertauchen.

Marcel Bührig (Grüne): Das Asylzentrum wird tatsächlich vom Bund betrieben. Gebaut und an den Bund vermietet wird es jedoch von der Stadt. Die Stadt hat somit sehr wohl etwas zu sagen. Wir mischen uns damit nicht in Bundespolitik ein. Aber wir können gewisse Dinge vorschreiben, an die sich der Bund als Mieterin halten muss. Zu den Aussagen der SVP: Ich habe die Website mit der Petition selbst erstellt. Es dauerte bei Weitem nicht Monate. Wir sagen auch nicht, dass der Stadtrat in dieser Hinsicht alles schlecht macht. Wir möchten ihm lediglich als Vertretung der Bevölkerung dieses Kreises auf dem parlamentarischen Weg unsere Forderungen mit auf den Weg geben. Es geht um ein Zeichen seitens des Parlaments. Im Übrigen geht es nicht darum, das Zentrum so unattraktiv wie möglich zu gestalten. Es ist nicht so, dass die Leute in Syrien in ihren zerstörten Städten bleiben, wenn wir ein Zentrum unattraktiv gestalten, oder dass sie freiwillig in einer Diktatur bleiben, obwohl sie um ihr Leben fürchten müssen. Diese Leute verlassen ihre Heimat, um irgendwo etwas zu haben, damit sie in den nächsten Monaten nicht sterben. Sie fliehen. Sie möchten eine Zukunft. Eine Zukunft haben sie in der Schweiz vielleicht für einige Jahre. Auch wenn sie nur drei Monate im Zentrum sind, wird dort der Grundstein für die nächsten Jahre gelegt. Wenn sie nach drei Monaten das Zentrum verlassen, weil das Gesuch abgelehnt wurde, hat man vielleicht etwas Bildung für nichts investiert. Wenn ihr Gesuch nicht abgelehnt wird, hat man immerhin den Grundstein gelegt. Man muss die Leute von Beginn an ins Quartier und in die Stadt einbinden. Nur so lässt sich eine menschenwürdige Asylpolitik erreichen. Alles andere ist alternativloser Rechtspopulismus.

Alan David Sangines (SP): Stefan Urech (SVP) sagte, wir würden nun von Integration sprechen, obwohl wir zuvor von beschleunigten Verfahren sprachen. Hier gilt es zu beachten, dass das eine das andere nicht aufhebt. Für Kinder im Primarschulalter existiert eine Schulpflicht. Dies gilt auch für Kinder, die für drei Monate in einem Zentrum wohnen. Es würde mich interessieren, wie man die Schulpflicht juristisch auslegen würde und was man zu einem improvisierten Zimmer mit Zivildienstleistenden als Lehrer in

einem Bundeszentrum sagen würde. Weiter erwähnte die SVP, dass 90 % der Personen untertauchen würden. Mir scheint, damit hat die SVP das Ziel ihrer Politik erreicht. Bei der Einführung der Nothilfe wurde betont, dass man damit bezwecke, dass die Leute schneller gingen. In den Berichten der verschiedenen Kantone wertete man die Untergetauchten dahingehend, dass sie ausreisten. Inzwischen weiss man, dass sie nach Deutschland gehen. Somit hat die SVP ihr Ziel erreicht. Martin Luchsinger (GLP) sagte, die GLP befürworte die separaten Klassen nicht. Mit unserem Textänderungsantrag wollen wir aber genau die bereits bestehenden Aufnahmeklassen erwähnen, die schon heute von Kindern aus dem Durchgangszentrum Dorfstrasse besucht werden. Es ist effizienter, diese Klassen zu nutzen. Es handelt sich um bestehende Schulraumstrukturen. Dies wird auch an anderen Orten so gehandhabt. Die GLP sollte hier zustimmen oder sich zumindest enthalten. Wenn die GLP dies ablehnt, ist dies ein seltsames Signal. Weiter wurde von der GLP gesagt, es sei nicht Aufgabe des Gemeinderats, Zusätzliches dazupacken. Ich bin der Meinung, dass es Leute gibt, die sich in gewissen Bereichen gut auskennen. Die GLP ihrerseits will sich beim ewz jeweils auch einmischen und etwas dazupacken, das der Stadtrat nicht unbedingt wollte. Es geht uns darum, bestehende Synergien besser zu nutzen. Die CVP verwies darauf, dass der Bund für das Zentrum zuständig sei. Das Zentrum wird jedoch wie bereits erwähnt von der Stadt gebaut. Entsprechend werden wir auch unseren Einfluss geltend machen. Das Zentrum wird auf unserem Boden gebaut. Wir kennen die Stadt besser als die Personen auf Bundesebene. Dem Postulat mit der Textänderung sollte deshalb zugestimmt werden. Es handelt sich um eine moderate Forderung.

Karin Rykart Sutter (Grüne): Die Grünen nehmen den Textänderungsantrag der SP an. Ich möchte nochmals darauf hinweisen, dass wir die Unterschriften für unsere Petition in sehr kurzer Zeit gesammelt haben, und zwar fast ausschliesslich im Quartier. Die Bevölkerung steht hinter diesen Forderungen.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Sozialdepartements Stellung.

STR Raphael Golta: Das Bundesasylzentrum auf dem Duttweiler-Areal wird uns im Rat noch mehrmals beschäftigen, insbesondere, wenn es um die entsprechende Bauvorlage gehen wird. Zur Klärung der Verantwortlichkeiten: Die Stadt baut das Zentrum im Auftrag des Bundes und auf Kosten des Bundes. Der Betrieb wird von der städtischen AOZ übernommen. Das Betriebsreglement wird vom Bund festgelegt. Sollte die Stadt nicht einverstanden sein mit dem Zentrum oder sollte der Bund seinerseits einen Rückzieher machen, kommt der Kanton in die Verantwortung. Dann muss er alternative Standorte ausserhalb der Stadt anbieten. Diese Voraussetzung sollte man im Hinterkopf behalten. Es gilt, zwei Themen zu unterscheiden. Den Bau haben wir schon sehr weit vorange-trieben. Die entsprechende Submission läuft, auch das Baugesuch. Dort konnten wir unseren Einfluss bereits geltend machen und einen Teil der formulierten Anliegen umsetzen, indem es zum Beispiel keinen Zaun geben soll und indem wir einen Begegnungsraum für das Quartier eingeplant haben. Der andere Teil betrifft das Betriebsreglement, das derzeit vom Bund entwickelt wird. Wir sind hier im Gespräch mit dem Bund. Es ist richtig und wichtig, dass die Stadt sich an diesen Diskussionen beteiligt. An anderen Standorten von Bundesasylzentren, dreht es sich eher darum, dass der Zaun nicht

genügend hoch sein kann. Es gibt unterschiedliche Voraussetzungen. Wir bringen die Anliegen der Stadt und die Anliegen, wie sie in den Vorstössen formuliert sind, in den Prozess ein. Die Bereitschaft und das Interesse der Bevölkerung hinsichtlich des Bundesasylzentrums in Zürich sind gross. Wir sind überzeugt, dass die Bevölkerung an einem Austausch interessiert ist. Wir werden sehen, mit welchen Forderungen wir durchdringen und wo wir Kompromisse eingehen müssen. Wir stehen grundsätzlich hinter der Stossrichtung der beiden Postulate. Das Betriebsreglement wird nicht im Jahr 2018 für die nächsten 25 Jahre in Stein gemeisselt. Es wird im Laufe der Jahre Entwicklungen erfahren. In den letzten zehn bis zwanzig Jahren haben in der Asylpolitik viele Veränderungen stattgefunden. Auch künftig wird sie sich weiterentwickeln. Ich bin überzeugt, dass die Stadt auf diese Entwicklung einen positiven Einfluss nehmen kann. Durch den Betrieb des Testzentrums konnten wir bereits einiges einbringen und dem Bund aufzeigen, dass etwas Offenheit und offenere Zugangsregeln und -zeiten durchaus eine gute Sache sein können, sowohl für das Zentrum als auch für die Betreiber und das Quartier. Wir werden entsprechend die Diskussion mit dem Bund weiterführen und Ende Jahr im Gemeinderat eine entsprechende Vorlage bringen. Wir sind überzeugt, dass es sich beim Bundesasylzentrum um eine gute Sache handelt, dass die Stadt davon profitieren wird, dass das Asylwesen in der Schweiz davon profitieren wird, und dass wir gemeinsam vorwärtskommen werden.

Das Postulat wird mit 74 gegen 45 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

2194. 2016/139

Postulat von Karin Rykart Sutter (Grüne) und Muammer Kurtulmus (Grüne) vom 20.04.2016:

Menschenwürdige Unterbringung von Asylsuchenden im Bundeszentrum für Asylsuchende auf dem Duttweiler-Areal

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Sozialdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Wortmeldungen siehe GR Nr. 2016/138, Beschluss-Nr. 2192/2016.

Karin Rykart Sutter (Grüne) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 1838/2016).

Samuel Balsiger (SVP) begründet den von Peter Schick (SVP) namens der SVP-Fraktion am 18. Mai 2016 gestellten Ablehnungsantrag.

Alan David Sangines (SP) stellt folgenden Textänderungsantrag:

9 / 9

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie im geplanten Bundeszentrum für Asylsuchende auf dem Duttweiler-Areal im Kreis 5 eine menschenwürdige Unterbringung von Asylsuchenden ermöglicht wird. Insbesondere sollen folgende Massnahmen geprüft werden:

- Kinder im Primarschulalter sollen ~~in separaten Klassen~~ Aufnahmeklassen in öffentlichen Schulhäusern zur Schule gehen.
- Den Menschen im Bundeszentrum soll während des Aufenthalts eine sinnvolle Tagesstruktur ermöglicht werden. Dafür sollen genügend Beschäftigungs- und Bildungsangebote zur Verfügung stehen.
- Genügend und gut ausgebildetes Personal soll dafür sorgen, dass die anspruchsvollen Aufgaben im Bundeszentrum in hoher Qualität ausgeführt werden.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Sozialdepartements Stellung.

Karin Rykart Sutter (Grüne) ist mit der Textänderung einverstanden.

Das geänderte Postulat wird mit 61 gegen 57 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat